

# Jochen Haußmann

Freie  
Demokraten  
FDP



## Presseinformation

### Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion  
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und  
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: [jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de](mailto:jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de)

## Jochen Haußmann unterstützt Windkraftgegner Windräder bei Weinstadt und Winterbach machen keinen erkennbaren Sinn

Die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einer Petition an den Landtag gegen die Windkraftstandorte WN-33 Nonnenberg und WN-34 Goldboden wehren, haben die volle Unterstützung des FDP-Landtagsabgeordneten Jochen Haußmann. „Windräder an diesen Standorten machen keinen Sinn.“ Dass Investoren ausgestiegen sind und jetzt plötzlich die EnBW bauen will, bestätigt dabei für ihn einen Verdacht, den die Liberalen schon länger haben: „Grün-rot missbraucht eventuell ein landeseigenes Unternehmen, um Windräder zu pflanzen, wo keine hingehören“. Aufklärung soll in diesem Punkt eine Kleine Anfrage bringen, die Jochen Haußmann zusammen mit seinem Kollegen Andreas Glück eingereicht hat: „Die Landesregierung soll sagen, ob sie in Baden-Württemberg eine vergleichbare versteckte Subventionierung von Windenergievorhaben beziehungsweise Betreibern von Windenergieanlagen betrieben hat, wie sie rot-grün in Rheinland-Pfalz einräumen musste.“ Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Kreistag wird er sich außerdem beim Landkreis erkundigen, ob der als Naturschutzbehörde WN-33 und WN-34 überhaupt zustimmt: „Da steht die Information noch aus.“

Der Remstalabgeordnete Jochen Haußmann bekräftigt damit seine Position aus der regionalen Windkraftdebatte im Herbst, dass er die beiden Gebiete als ungeeignet ansieht. Er stützt sich dabei unter anderem auf die Expertise der Landratsämter Waiblingen und Esslingen: „Der Rems-Murr-Kreis hat in seinen Stellungnahmen schon erste Position bezogen. In der Stellungnahme zu WN-33 an die Region heißt es „Das Gesamtgebiet wird aufgrund artenschutzrechtlicher Hindernisse als nicht erfolgversprechend eingestuft und sollte daher gestrichen werden“. Wurde es aber von der Regionalversammlung nicht. Zu WN-34 hatte das Landratsamt Waiblingen auf einen Konflikt mit bestehenden Landschaftsschutzgebieten (LSG) hingewiesen, allerdings auch angeboten, die Lage „ergebnisoffen zu prüfen“. Das Landratsamt Esslingen, in dessen Zuständigkeit auch ein Teil liegt, schaffte das vor ihm. Ergebnis: Die Erträge sind „... zu gering, um ein öffentliches Interesse an der regenerativen

# Jochen Haußmann

Freie  
Demokraten  
FDP



## Presseinformation

### Jochen Haußmann

Stv. Fraktionsvorsitzender FDP/DVP Fraktion  
Sprecher für: Verkehr und Infrastruktur; Arbeit und  
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Telefon: 0711 2063-921

Email: [jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de](mailto:jochen.Haussmann@fdp.landtag-bw.de)

Energie begründen zu können. Eine Änderung der LSG-Verordnung kann deshalb nicht in Aussicht gestellt werden.“

Eigentlich, sagt Jochen Haußmann, „hätte das Thema erledigt sein sollen als die KommunalWind GmbH ihre Rechte in dem Gebiet wie Sauerbier angeboten hat und selbst die Gemeinde Winterbach, deren Bürgermeister ein anerkannter Verfechter der Windenergie ist, abgewunken hat.“

Dass jetzt plötzlich die landeseigene EnBW zugriff und als Investor auftaucht, gibt aus seiner Sicht dem Thema „eine neue Dimension“. Denn „wir haben schon längere Zeit den Verdacht, dass die EnBW von der grün-roten Regierung buchstäblich ohne Rücksicht auf Verluste zur Durchsetzung ihrer Windspielzeuge eingesetzt werden soll.“ Schon die jetzt fälligen Messungen kosteten das Geld der Stromkunden. Bewusst Verluste in Kauf zu nehmen und unwirtschaftliche Projekte zu betreiben sei aber auch bei einem landeseigenen Unternehmen unzulässig. Zumal es ja bei der EnBW „vordringlich ist, die wieder so aufzustellen, dass sie in den Stromvergleichsportalen mit ihren Tarifen wieder konkurrenzfähig ist.“

Jochen Haußmann: „Der Rechnungshof hat in einem Sonderbericht festgestellt, dass die Kontrolle der EnBW durch zusätzliche Berichte verbessert werden muss, um zu sehen welche Regelungen zur Korruptionsprävention gelten, ob risikoreiche Geschäfte betrieben und die Richtlinien über wesentliche Entscheidungsabläufe eingehalten würden. Das fehlt im Moment.“

Die Windräder an den Standorten WN-33 und WN-34 rechnet Jochen Haußmann zu diesen „risikoreichen Geschäften, so was führt zu Verlusten“. Das Thema habe aber auch eine politische Dimension: Erstens „will die FDP im Fall einer Regierungsbeteiligung eine 1.500-Meter-Schutzzone durchsetzen, in der Windräder generell untersagt sind“. Zweitens seien beide auf dem Schurwald strittigen Bereiche als Klimaschutzwald eingestuft: „Der schützt laut der Landesanstalt für Umweltschutz bebauten oder landwirtschaftlich genutzte Flächen vor nachteiligen Kaltluft- und Windeinwirkungen. Holzen wir den Wald ab, hat die kalte Luft am Windrad vorbei freie Bahn und die Menschen müssen im Winter die Heizung hochdrehen, klingt irgendwie nicht sinnvoll, sondern im Endeffekt sogar klimaschädlich.“